

24.06.2014

Niederschrift 003/2014

Jugendhilfeausschuss

am 11.06.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Theodor Rieke

Kreistagmitglieder SPD

Frau Ursula Lindstedt

Frau Bärbel Schmidt

Frau Brunhilde Weinhold

Kreistagmitglieder CDU

Frau Marlies Deppe

Frau Claudia Gebhard

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Barbara Streich

Ordentliches Mitglied

Herr Dirk Lampersbach

Herr Achim Schwarz

Frau Petra Stoltefuß

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Jörg Hüchtmann

Herr Heiner Redeker

Herr Alexander Schieweck

Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Volker Alteheld

Frau Edelgard Blümel

Herr Christoph Börger

Herr Günther Dieckmann

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Der Feststellung, dass eine form- und fristgerechte Einladung stattgefunden hat, wird nicht widersprochen. Des Weiteren stellt Herr Rieke die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Postkartenaktion des Katholischen Familienzentrums "FiP" Fröndenberg, zur KiBiz-Revision;
Mündlicher Bericht des Gemeindereferenten Herrn Heiner Redeker
- Punkt 3** 073/14 Kriterien für die Vergabe der Landesmittel für die mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) geplanten plusKita-Einrichtungen und den zusätzlichen Sprachförderbedarf
- Punkt 4** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **Postkartenaktion des Katholischen Familienzentrums "FiP" Fröndenberg, zur KiBiz-Revision;
Mündlicher Bericht des Gemeindereferenten Herrn Heiner Redeker**

Erörterung

Herr Redecker berichtet, dass die von April bis Mai durchgeführte Postkartenaktion „Keine Scherereien: Mit Qualität Zukunft sichern!“ der Katholischen Kindertagesstätten im Erzbistum Paderborn durchaus erfolgreich

gewesen sei. Die Aktion befasse sich damit, dass Personal- und Sachkosten einer Kindertagesstätte durch Pauschalen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) finanziert und pro Jahr um 1,5 Prozent angehoben würden. Diese Summe sei aber nicht ausreichend zur Sicherung einer hohen Bildungs- und Betreuungsqualität. Allein die Personalkosten einer Kindertagesstätte seien in den letzten Jahren um mindestens drei Prozent gestiegen. Im Ergebnis müsse die Schere demnach wieder geschlossen werden.

Er bedankt sich bei allen Beteiligten (Eltern, Verwaltung, Politik) und führt aus, dass auch einige Landespolitiker mit Postkarten ausgestattet worden seien. Eine daraufhin erfolgte Einladung zum Landtag habe zu positiven Reaktionen geführt. Insgesamt sei die Aktion sehr gut gelungen und es hätte eine gute Wahrnehmung stattgefunden.

Abschließend sichert er dem Jugendhilfeausschuss, auf Bitte von Frau Sopora (CDU-Fraktion), entsprechende Informationen bezogen auf Rückmeldungen und andere Reaktionen zur Aktion zu.

Punkt 3 073/14 Kriterien für die Vergabe der Landesmittel für die mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) geplanten plusKita-Einrichtungen und den zusätzlichen Sprachförderbedarf

Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache und Frau Waßen berichtet anhand einer Folienpräsentation. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von Frau Streich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt Frau Waßen mit, dass der Förderbetrag in Höhe von 25.000 Euro pro Kindergartenjahr zur Verfügung stehe.

Frau Streich teilt mit, dass es sich bei den plusKITA-Einrichtungen um besondere Einrichtungen handele, denn die Kinder kämen überwiegend aus Familien mit niedrigem Einkommen. Nun frage sie sich, was mit den Familien geschehe, die nur knapp über der Einkommensgrenze lägen. Sie halte eine Fortschreibung auf fünf Jahre für zu lang und auch die Verteilung der Landesmittel werde zu Problemen führen.

Herr Rieke äußert, dass auch er durchaus die bereits genannten Probleme sähe; dennoch müssten Grenzen gezogen werden.

Frau Sopora führt aus, dass es sich das Land mit dieser Regelung zu einfach gemacht hätte, denn alle Einrichtungen würden gute Arbeit leisten und eine Verteilung der Landesmittel an ausgewählte Einrichtungen sei problematisch. Sie erkundigt sich nach der zukünftigen Gestaltung der Sprachförderung der Einrichtungen, denen keine Landesmittel zur Verfügung stünden.

Frau Waßen erläutert, dass die Vergabe der Fördergelder in der Regel für einen Zeitraum von fünf Jahren erfolge und die Verteilung für den Sprachförderbedarf über einen Verteilerschlüssel ermittelt werde.

Auf Nachfrage von Frau Sopora antwortet Frau Waßen, dass sie keine Daten nennen könne, wie viele Kinder in einer Einrichtung eine Sprachförderung erhielten. Bei der Verteilung der Förderkontingente fänden die Kindertageseinrichtungen Berücksichtigung, die den größten Sprachförderbedarf hätten.

Frau Stoltefuß ergänzt, dass innerhalb der Kindertageseinrichtungen täglich Sprachförderung stattfände, wie zum Beispiel am Frühstückstisch bzw. im täglichen Umgang mit den Kindern.

Frau Gebhard äußert für die CDU-Fraktion, dass eine Zustimmung ihrer Fraktion keineswegs bedeute, dass die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit begrüßt werde.

Herr Hahn betont, dass auch die Jugendämter diese Vorgehensweise nicht begrüßen würden, aber das Gesetz müsse ausgeführt werden. Einheitlich festgesetzte Kriterien des Landes seien wünschenswert. Durch die Träger läge bereits das Einverständnis zur Durchführung vor und das könne durchaus positiv bewertet werden.

Auf Nachfrage von Frau Streich, wie die Kindertageseinrichtungen ohne Förderkontingent zukünftig agierten, teilt Herr Hahn mit, dass auch ohne Fördergelder innerhalb der Einrichtungen Sprachförderung betrieben werde. Für den Erhalt dieser Gelder müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

Des Weiteren führt Herr Hahn aus, dass sich die Struktur insgesamt nicht verändere und einige Quartiere eben besser gestellt seien als andere. Auch die Einrichtungen ohne Förderkontingent würden durch die Träger entsprechend vertreten.

Die Ergänzung zum Text des Beschlussvorschlages von Frau Sopora wird angenommen und entsprechend umgesetzt (siehe Beschluss).

Beschluss

Die Weiterleitung der Landesmittel für die mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes geplanten plusKITA-Einrichtungen und den zusätzlichen Sprachförderbedarf erfolgt nach den in der Vorlage beschriebenen und mit den Trägern abgestimmten Kriterien.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlage

Präsentation "KiBiz-Revision - Vergabe der Landesmittel für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf" – Bericht Frau Waßen

gez. Theodor Rieke
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin